



Abschlussklärung Dialogkonferenz

Abschlussklärung der Dialogkonferenz zu „Neonazismus in Sachsen – Statusberichte, Handlungsbedarf und hoffnungsvolle Ansätze“ am 14.12.2012 im Dresdener Hygienemuseum

Zum Abschluss der Dialogkonferenz „Neonazismus in Sachsen – Statusberichte, Handlungsbedarf und hoffnungsvolle Ansätze“ erklären wir, die Organisatorinnen und Organisatoren des DGB Sachsen, des Netzwerks für Demokratie und Courage in Sachsen (NDC), sowie die 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz:

Wir können uns in Sachsen nur dann wirkungsvolle gegen Neonazismus engagieren, wenn die vielen kleinen und großen, alltäglichen, tragischen sowie schockierenden Geschichten über Probleme mit menschenverachtenden Einstellungen und Neonazismus ausreichend in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit sowie durch politisch Verantwortliche wahrgenommen werden. Betroffene rechter Gewalt benötigen professionelle und finanzielle Unterstützung. Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich gegen Neonazismus in Sachsen engagieren, müssen in ihrer Arbeit sowie in ihren Erfahrungen ernst genommen, respektiert und finanziell unterstützt werden. Gerade in Sachsen, wo das NSU-Tätertrio jahrelang unbehelligt leben konnte und ihre rassistischen Morde geplant hat, muss die Arbeit für eine demokratische Kultur auf eine sichere Basis gestellt werden.

Von den politisch Verantwortlichen im Freistaat Sachsen fordern wir:

- Eine jährliche unabhängige und umfassende qualitative Einstellungserhebung zu menschenverachtenden Einstellungen im Freistaat Sachsen in Auftrag zu geben (Sachsen Monitor). Menschenverachtende Einstellungen sind ein Problem in Sachsen. Nur eine repräsentative Einstellungsstudie kann Grundlage für verbesserte Präventionsmaßnahmen und Bildungsaktivitäten darstellen.
- Eine gesicherte und verlässliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Projekte zur Förderung demokratischer Kultur. Die fachlich fragwürdige Umschichtung der Mittel im sächsischen Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) muss zurückgenommen werden.

Ergebnisse der Workshops:

1. Strategien für den ländlichen Raum
 - Klare Standpunkte gegen menschenverachtende Einstellungen und Neonazis beziehen und kommunizieren
 - Niedrigschwellige Angebote offerieren, um Anknüpfungspunkte zu schaffen
 - Externe Unterstützung heranziehen (beispielsweise durch Mobile Beratungsteams), um nicht als Nestbeschmutzer angeprangert zu werden
 - Netzwerke schaffen um den Austausch zwischen politisch engagierten Menschen zu stärken
2. Umgang mit Aufmärschen in sächsischen Städten
 - Unterschiedliche Aktionsformen gegen Naziaufmärsche tolerieren und akzeptieren
 - Trotz unterschiedlicher Aktionsformen Kommunikation sowie Moderation zwischen den unterschiedlichen Akteuren sowie gegenüber staatlichen Organisationen gewährleisten
 - Für Vertrauen bei Polizei und Ordnungsamt für die eigenen Aktionen werben
3. Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen in Schule und Ausbildung
 - Sich als Schule klar gegen menschenverachtenden Einstellungen positionieren und sich inhaltlich weiterbilden
 - Interne und externe Unterstützung suchen und annehmen
 - Anerkennung durch Schulleitung für Menschen, die sich gegen menschenverachtende Einstellungen in der Schule und Ausbildung engagieren
4. Umgang mit dem Thema Asyl in Kommunen
 - Öffentliche Räume öffnen, Selbstbestimmung und Partizipation Asylsuchender ermöglichen
 - Kommunalpolitikerinnen und -politiker ansprechen und in politischen Prozesse integrieren anstatt sie anzuprangern

Die Dialogkonferenz wurde veranstaltet vom DGB Sachsen und der Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit (NDC) und unterstützt durch:



Susann Rührich, Nina Gbur
Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.
Tel.: 0351 48 100 67 / Fax: 0351 48 100 61/ sachsen@netzwerk-courage.de
Mobil: 0179 29 77 407

Dresden, 14.12.2012